

**B 31**



**im Dialog**

Meersburg - Immenstaad

## **Dokumentation**

### **1. Treffen des Politischen Begleitkreises am 27. Oktober 2015 zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung B31 Meersburg/West – Immenstaad**

**im Landratsamt Bodenseekreis**

## **Tagesordnung**

1. Begrüßung durch RP Tübingen und Moderation
2. Feedback zur Veranstaltung am 06.10. in Hagnau
3. Situationsanalyse
4. Gutachten
5. Dialogkonzept
6. Diskussion
7. Umgang mit der Presse und Sitzungsturnus
8. nächster Termin

## Teilnehmende

An der Sitzung nahmen teil:

- | Landrat Lothar Wölfle, Bodenseekreis
- | Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
- | Stellvertretende Bürgermeisterin Hedi Meichle, Hagnau
- | Bürgermeister Dr. Martin Brütsch, Meersburg
- | Bürgermeister Frank Lemke, Daisendorf
- | Bürgermeister Daniel Heß, Stetten
- | Bürgermeister Jürgen Beisswenger, Immenstaad
- | 1. Bürgermeister Dr. Stefan Köhler, Friedrichshafen
- | Bürgermeister Georg Riedmann, Markdorf
- | Ulrich Kunze, Referatsleiter Straßenplanung, RP Tübingen
- | Matthias Kühnel, Planungsteam B31, RP Tübingen
- | Franz Feil, Planungsteam B31, RP Tübingen
- | Dr. Christoph Ewen, Moderation, team ewen

### 1. Begrüßung durch RP Tübingen und Moderation

Herr Kunze, RP Tübingen, begrüßt die Teilnehmenden und äußert den Wunsch, dass man gemeinsam gute Ergebnisse im Interesse der Region erarbeite. Dr. Ewen, team ewen, schließt mit einem Vorschlag für die Zielsetzung der heutigen Sitzung an. Der Beirat solle heute, so der Vorschlag, zum Start des Dialogs und zur Fortsetzung der Planung die politischen Vorstellungen der Region einbringen sowie das RP Tübingen und die Moderation beraten. Die Teilnehmenden schließen sich diesem Vorschlag an.

### 2. Feedback zur Veranstaltung am 6. Oktober 2015 in Hagnau

Die Veranstaltung, so die Teilnehmenden, sei professionell und dialogorientiert abgelaufen. Es sei gut gewesen, dass der Minister klare Worte gesprochen habe, insbesondere, dass es nicht mehr um das „Ob“ der Planung, sondern jetzt um das „Wie“ gehe. Im Hinblick auf das „Wo“ habe man sich, so Teile der Runde, aber mehr Offenheit gewünscht. Man berichtet über Gäste der Veranstaltung, denen „sauer aufgestoßen“ sei, dass Minister und RP Tübingen sich so dezidiert für die Variante 7.5 ausgesprochen hätten. Zusammen mit der Wahrnehmung, dass vor allem die Belastung von Hagnau im Mittelpunkt gestanden habe, fühlten sich Teile der Region zu wenig berücksichtigt. Es seien klärende Worte nötig, ob es wirklich nur noch um die Variante 7.5 gehe – und ob andere Varianten nur dann zur Diskussion stünden, wenn etwa aus Naturschutzgründen die Variante 7.5 nicht gehe. Gerade auch von Seiten der Landwirtschaft werde der absehbare Flächenverlust durch diese Trasse sehr kritisch gesehen. Herr Kunze stellt klar: Das RP gehe aus rechtlichen Gründen zunächst von der Variante 7.5 als Vorzugstrasse aus. Aber der gesamte Raum im Wesentlichen südlich dieser Vorzugstrasse werde im Hinblick auf Verkehr, Umwelt, Raumnutzungen, Natur- und Artenschutz untersucht, damit man auch Alternativen dazu bewerten und diskutieren könne. Daran anschließend wird die Frage gestellt, warum der Prüfraum nur den Süden umfasse. Antwort RP: Das Raumordnungsverfahren habe hier klare Ergebnisse gezeitigt. Nachfrage: Wenn die damalige Rechtslage hinsichtlich Natur- und Artenschutz eine andere als heute gewesen sei, sei es dann nicht möglich, dass sich auf Basis der heutigen Rechts- und Sachlage ein anderes Ergebnis der Abwägung gebe? Antwort RP: Auch damals habe man Natur-

und Artenschutz geprüft, und das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens beruhe auf vielfältigen Kriterien und sei daher sehr robust.

Damit im Zusammenhang berichten Teilnehmende, Besucher der Veranstaltung am 6.10. hätten die mangelnde Beteiligungsperspektive moniert. Man kenne mit der Mediation Kluffern ein wirklich ergebnisoffenes Verfahren, und dies sei angesichts der bisherigen Äußerungen nicht zu erwarten. Man werde sich einer „Show-Beteiligung“ verweigern, so die Bürgermeister. Dr. Ewen verwies auf die Tagesordnungspunkte 5 und 6, bei denen man ausführlich über das Dialogkonzept sprechen wolle.

Weitere Kritik bezieht sich auf den Umgang mit den Umfahrungen in Bermatingen, Markdorf und Kluffern, insbesondere was den Zusammenhang mit dem Planungsfall 7 angeht. Man könne die damit verbundenen Problemlagen nicht einfach ausklammern, das sei nicht angemessen. Gleiches gelte für den Verlauf der B33 in der Region. Man müsse, da sind sich die Anwesenden einig, die Region als Ganzes sehen und dürfe nicht in Kirchturm-Denken verfallen.

Mehrfach wird angesprochen, dass man mit derartigen Veranstaltungen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung erreiche. Der größere Teil müsse sich mit „Hören-Sagen“ begnügen oder sich auf die manchmal verkürzten Darstellungen aus der Presse stützen. Wichtig sei es, die Menschen breit und einfach verständlich zu informieren und dabei die Kernaussagen für die Planung in den Mittelpunkt zu stellen.

Einig ist man sich, dass man den Dialogprozess nicht mit Gemeinderatsbeschlüssen belasten wolle. Es gebe in einzelnen Kommunen klare Beschlüsse, diese seien für das Verhalten im Dialog maßgeblich, aber jetzt sei die Zeit des Dialogs und nicht der Beschlüsse.

### **3. Situationsanalyse**

Dr. Ewen stellt die Ergebnisse der Gespräche vor, die er und seine Kolleginnen mit den Mitgliedern des Politischen Gesprächskreises geführt haben. Weiterhin seien Presseauswertungen und die Analyse von Dokumenten aus der Vergangenheit die Basis für die Situationsanalyse gewesen. Angesichts des engen Zeitkorsetts habe man die Situationsanalyse unter Zeitdruck durchgeführt. Weitere Gespräche, das ist das Petitum von Mitgliedern des Begleitkreises, z.B. mit Vertretern von Interessengemeinschaften, seien empfehlenswert.

### **4. Geplante Gutachten**

Herr Kühnel und Herr Feil stellen die weitere Vorgehensweise bezüglich der geplanten Gutachten im Bereich Verkehr und im Bereich Umwelt vor. Man wolle die Fragen, was genau zu untersuchen sei (Leistungsverzeichnis), welche Büros angefragt werden sollen und nach welchen Kriterien die Angebote dann zu bewerten seien, im Dialog mit der Region (Facharbeitskreise) beantworten. Fachlich lasse man sich bei der Vorbereitung der Gutachtenvergabe von den Büros Karajan, Stuttgart, (Verkehr) und „Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung“ (Natur-, Artenschutz) unterstützen. Der Zeitplan sehe vor, dass man nach der Sitzung der Facharbeitskreise am 9.12. möglichst bald die Ausschreibung in die Wege leiten wolle. Man rechne damit, dass die Vergabe im zweiten Quartal 2016 erfolge und die ausgewählten Gutachter sich und ihre Vorgehensweise dann im Dialogforum vorstellen können.

## 5. Dialogkonzept

Dr. Ewen stellt das Dialogkonzept zur Diskussion, mit dem man die Region beteiligen wolle. Wie am 6.10. bereits vorgestellt, wolle man neben der breiten öffentlichen Kommunikation (Internet, Veranstaltungen, Printmedien, Pressearbeit) drei Gremien ins Leben rufen: Den Politischen Begleitkreis für die Diskussion strategischer und politischer Fragestellungen, die Facharbeitskreise für die Klärung fachlicher Fragen und das Dialogforum für den Einbezug der Öffentlichkeit.

Die Mediation in Klüftern werde von Beteiligten des Verfahrens als Vorbild genommen, aus dem sich Anforderungen an den Dialog um die B31 formulieren ließen. Allerdings müsse dabei berücksichtigt werden, dass die beiden Verfahren nicht vergleichbar seien. Eine Mediation sei nur dann erfolgreich, wenn am Ende alle unterschreiben (Konsens), die Verantwortung für das Ergebnis liege bei allen Beteiligten. Beim moderierten Dialog gehe es dagegen darum, die Region einzubeziehen. Die Verantwortung verbleibe beim RP. Die Mediation sei der behördlichen Entscheidung nachgeschaltet worden, der Dialog arbeite planungsbegleitend. Und auch die Methode des 2. Blicks aus der Mediation (jeweils alternative Gutachter), werde in der Moderation nicht angewendet.

## 6. Diskussion

Während die allgemeine Beschreibung der Region Zustimmung findet, diskutieren die Teilnehmer über die unterschiedlichen Grade der Betroffenheit in der heutigen Situation, nach Realisierung der Variante 7.5 sowie nach Realisierung der Ausbauvariante. Es sei wichtig, dass man die Veränderungen an der B33 einbeziehe, auch wenn noch nicht abschließend klar sei, welche Effekte etwa die Variante 7.5 auf die Verkehrsbelastung auf der B33 haben werde – und welchen Verlauf die B33 zwischen Fähre Meersburg und B31 in diesem Fall nehmen werde.

In der Diskussion wird über den in den Gutachten zugrunde zu legenden Untersuchungsraum gesprochen. Dieser sei im Verkehrsbereich wichtig, um Durchgangsverkehr von Ziel- und Quellverkehr zu differenzieren. Herr Kühnel führt aus, dass man sehr weitreichende Verkehrsbeziehungen berücksichtigen werde. Im Bereich Umwelt macht Herr Feil deutlich, dass nicht nur der Bereich der Trasse 7.5, sondern der gesamte Raum im Wesentlichen südlich dieser Vorzugstrasse im Hinblick auf Umwelt, Natur- und Artenschutz untersucht werde, damit auch Alternativen bewertet und diskutiert werden könnten.

Im Hinblick auf den Politischen Begleitkreis sind die Anwesenden mit der Besetzung des Gremiums einverstanden. Man könne zwar auch noch weitere Kommunen einbeziehen, wenn das Kriterium allerdings sei, dass die Gemeindefläche von der Planung tangiert sein solle, dann sei dies die richtige Zusammenstellung.

Bezüglich der Facharbeitskreise und des Dialogforums erbitten sich die Anwesenden Bedenkzeit. Für die Facharbeitskreise solle diese wenige Tage betragen, da man Anfang November zum Termin einladen wolle. Für das Dialogforum sollen bei der nächsten Sitzung des Politischen Begleitkreises abschließende Stellungnahmen abgegeben werden.

Folgende Aspekte werden diskutiert:

- | Wie kann die wichtige Ebene der gewählten Repräsentanten in Gemeinderäten und Kreisrat einbezogen werden? Ein Vorschlag lautet, dass das Planungsteam und das Moderationsbüro auf Anfrage in einzelne Gemeinderatssitzungen kommen und dort die Vorgehensweise erläutern und Fragen beantworten. Der Vorschlag des Moderators, den

Gemeinde- und Kreisräten sowie den Bürgermeistern das Recht einzuräumen, als Beobachter bei den Sitzungen des Dialogforums teilzunehmen, wird ebenfalls gut geheißen.

- | Welche fachlich involvierten Akteure lädt man zu den Facharbeitskreissitzungen ein? Wichtig erscheint hier z.B. die Landwirtschaft. Verkehrsexperten aus den Umweltverbänden und den Interessengemeinschaften sollten, falls vorhanden, nicht außen vorbleiben, so einzelne Bürgermeister. Der Vorschlag zur Vorgehensweise des Moderators findet schließlich Zustimmung: Er werde die Umweltverbände auf Landesebene anschreiben und um Benennung fachlich versierter Personen bitten. Sollten sich aus den Interessengemeinschaften fachlich versierte Personen zu Wort melden, so können diese auch teilnehmen. Ansonsten sollen hier die Kommunen vertreten sein (mit Verwaltung und ggf. externen Beratern) sowie die relevanten Ämter und Institutionen aus der Region.
- | Für das Dialogforum findet die Mischung aus Vertretern von Interessengruppen und Verbänden einerseits und zufällig ausgewählten Bürgern andererseits grundsätzlich Zustimmung. Wie genau die Plätze besetzt werden, wird bei der nächsten Sitzung diskutiert.

## **7. Umgang mit der Presse, Sitzungsturnus**

Man einigt sich darauf, dass der Moderator eine Presseinformation entwirft und diese nach Abstimmung mit den Beteiligten an die Presse schickt.

Die Unterlagen sollen transparent sein: Tagesordnung, Präsentation und Dokumentation der Sitzung des Politischen Begleitkreises sollen ins Internet gestellt werden.

Sitzungsturnus soll nicht zu häufig sein. Aber nach wichtigen Sitzungen der Facharbeitskreise / des Dialogforums solle der Begleitkreis zusammen treffen.

## **8. Nächster Termin**

Das nächste Treffen wird entweder im Nachgang zum 9.12. (16.30 Uhr) stattfinden, oder an einem noch zu findenden Termin im Januar 2016.